

## Pressemitteilung

### Der Erdgas-Blackout des KMW-Managements

**Wiesbaden, 03.04.2008.** Der Sprecher der Bürgerinitiative KeKoWi, Meinrad von Engelberg, sieht beim KMW-Management keinerlei Bereitschaft, sich ernsthaft um Alternativen zum geplanten Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue zu bemühen: "Hier wird der Bock zum Gärtner gemacht. Gebetsmühlenartig wiederholt das KMW-Management den Glaubenssatz: ‚Es gibt kein Erdgas zu vertretbaren Kondition‘. Einiges spricht dafür, dass der KMW-Glaube nicht von dieser Welt ist, sondern der Devise folgt, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. So berichten renommierte Presseorgane im europäischen Ausland, dass das Schweizer Unternehmen EGL jüngst einen umfangreichen Gas-Liefervertrag mit dem Iran im Beisein der Schweizer Außenministerin unterzeichnet hat. Die Versorgungspipeline verläuft durch den Balkan und Deutschland (!) in die Schweiz und soll drei GuD-Kraftwerke befeuern - zwei in der Schweiz, eines in Norditalien."

Die Bürgerinitiative KeKoWi hat bereits in der Vergangenheit zahlreiche weitere Belege dafür angeführt, dass sich andernorts die Energieversorgung mit Erdgas durchaus zu vernünftigen Kosten gewährleisten lässt. Die „Trianel Power“ hat im Oktober 2007 in Hamm-Uentrop ein 850 Megawatt Erdgas-Kraftwerk in Betrieb genommen. Die „Mark-E“ ist in Herdecke und die „Statkraft“ in Hürth zum gleichen Zeitpunkt mit einem 400 bzw. einem 800 MW Erdgas-Kraftwerk an den Start gegangen. Die „Vattenfall“ plant für Hamburg-Tiefsack ein Gaskraftwerk mit 125 MW Strom- und 180 MW Wärmeleistung und hat mit der „E.on Hanse AG“ bereits einen Gasliefervertrag mit zehnjähriger Laufzeit abgeschlossen. Die „Electrabel Deutschland AG“ plant den Bau eines Gaskraftwerks mit 800 MW Leistung in Schwandorf. „Iberdrola“ plant aktuell für Hessen zwischen Bad Hersfeld und Bebra den Bau eines Gas- und Dampfturbinenkraftwerks (GuD) mit über 1.000 MW Leistung.

Meinrad v. Engelberg: "Dass in Hamburg - den entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt - Erdgas plötzlich ebenfalls nicht mehr tabu ist, sondern als Alternative zur schmutzigen Kohleverbrennung gehandelt wird, spricht Bände.

Besonders ärgerlich finden wir die billigen Argumente, mit welchen das KMW-Management die Alternative ‚Erdgas‘ schlecht macht und bei Seite schiebt.

So arbeitet das Management gerne mit zweierlei Maß: Während es bei einer veranschlagten Betriebszeit des Kohleklotzes von 30 Jahren keinerlei Preis- und Liefergarantien für Kohle für erforderlich hält, sondern das Unternehmen sehenden Auges dem freien Spiel der Preiskräfte ausliefert, verlangt das gleiche Management beim Erdgas Unmögliches - die Garantie von Billig-Gas für Jahrzehnte.

Tatsache ist: Erdgas hat sich erheblich verteuert, mittlerweile ist Kohle aber kräftig nachgezogen.

Diese parallele Preisentwicklung wird sich fortsetzen. Deshalb gilt für jeden Versuch, Preisrisiken durch den Abschluss eines Liefervertrages mit möglichst langer Laufzeit zu begrenzen: Je länger die Laufzeit, desto höher der Risikozuschlag. Dass man Kohle zum Tageskurs ohne Lieferverträge am Markt kaufen kann, garantiert keineswegs, dass sie deshalb bei weltweit zunehmendem Energiehunger günstig bleibt, wie das frei handelbare Erdöl mit täglich neuen Rekordpreisen beweist.

Doch das KMW-Management tut so, als fliege ihm Billig-Kohle trotz 200-prozentiger Preissteigerung in den letzten Jahren einfach zu und als hielte dieses Flugverhalten dann auch noch bis zum Jahr 2042 an.

Absurder geht es nicht !

Die Aufsichtsräte, welche die Städte Wiesbaden und Mainz stellen und die nur auf Grund ihrer gesamtpolitischen Verantwortung in diese Gremien eingerückt sind, müssen diesem fragwürdigen Treiben endlich Einhalt zu gebieten, um nachhaltigen Schaden von der Region und ihren Bürgern abzuwenden - Schaden für die kommunalen Finanzen, Schaden für unsere Umwelt, unsere Gesundheit und das Klima in der Welt.

Auch der Bürgerinitiative ist die Wahrung einer prinzipiellen Selbstständigkeit der KMW wichtig. Dies kann und darf aber kein Grund sein, sich ihr zuliebe einer ruinösen Kohlepolitik auszuliefern, deren wirtschaftliche Risiken die KMW bald zum Übernahmekandidaten für die großen Strommonopolisten machen wird. Selbstständigkeit kann kein Grund sein, gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit ein Projekt durchzusetzen und unseren regionalen Energieversorger von seinen Nutzern zu entfremden. Letztlich wird die KMW ihren guten Ruf als beliebter, regionaler Energieversorger nur wiederherstellen können, wenn sie den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort Angebote macht, die ihnen schmecken.“